

# Armut als Störfaktor

## Über die Entwertung von Betroffenen<sup>1</sup>

**Laura Wiesböck**

*Die Soziologin Laura Wiesböck hielt diesen Vortrag bei der Eröffnung der 12. Armutskonferenz. Sie gibt Einblicke in Armutsfaktoren sowie in die Gründe und die Auswirkungen des Bedürfnisses, zwischen „denen da unten“ und „denen da oben“ zu unterscheiden. Außerdem geht sie der Frage nach, welche Folgen das für den sozialen Zusammenhalt hat.*

Vielen Dank für die einleitenden Worte, vielen Dank für die Einladung. Mein Vortrag gestaltet sich mehr als eine Einführung denn als ein Vortrag per se. Deswegen werde ich ein paar Aspekte von Armut ansprechen, die uns wahrscheinlich allen bewusst sind, die es aber wert sind, noch einmal hervorgehoben zu werden.

Ich beginne den Vortrag mit einer Frage, die ich auch häufig in Lehrveranstaltungen an der Universität zu Beginn stelle: Wie entsteht eigentlich Armut? Was sind die gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen von Armut, unabhängig von individuellen Faktoren wie Schicksalsschlägen oder ähnlichem? Welche strukturellen Faktoren führen zu Armutsbetroffenheit? Aus soziologischer Perspektive können wir hier drei Ebenen benennen, nämlich Markt, Staat und Familie.

Auf der Ebene des Arbeitsmarktes können wir seit den 80er Jahren starke Transformationsprozesse erkennen. Der Arbeitsmarkt wurde zunehmend dereguliert, liberalisiert und der ursprünglichen sozialen Sicherung beraubt. Das bedeutet, dass heute 300.000 Menschen in Österreich leben, die trotz Erwerbsarbeit unter der Armutsgefährdungsschwelle liegen. Im Gegensatz zu den USA ist das hierzulande ein relativ neues Phänomen: Arbeit schützt nicht mehr vor Armut. Auf der Ebene des Staates, des Wohlfahrtsstaates, können wir erkennen, dass ein Abbau von Sozialleistungen stattfindet, dass Armut trotz Sozialleistungen existiert und dass die Bedingungen für die Inanspruchnahme von Sozialleistungen verschärft werden. Auf der Ebene der Familie können wir beobachten, dass diese nicht mehr die soziale und ökonomische Absicherung bietet, wie das einst

---

<sup>1</sup> Der Beitrag ist eine überarbeitete Fassung des Vortrags auf der 12. Österreichischen Armutskonferenz am 10. März 2020 in St. Virgil / Salzburg.

der Fall war. Das liegt nicht daran, dass unterschiedliche Familienformen per se weniger Absicherung bieten, sondern dass unterschiedliche Familienformen in unserem wohlfahrtsstaatlichen System nicht gleichwertig berücksichtigt werden. In Schweden finden sich Alleinerziehende beispielsweise nicht in demselben Ausmaß in den Armutsstatistiken wieder wie in Österreich, wo sie zu einer der am stärksten von Armutsgefährdung betroffenen Gruppe zählen.

Diese drei Ebenen – Markt, Staat und Familie – sind also grundlegende strukturelle Faktoren für die Entstehung von Armut.

## Machtstrukturen öffentlicher Diskurse

Im öffentlichen Diskurs sind jedoch jene Faktoren – Arbeitsmarkt, die Verbreitung atypischer Beschäftigungsformen, Working Poor, Wohlfahrtsstaat, Armut trotz sozialstaatlicher Leistung und Familie – nahezu unsichtbar. Armut wird im öffentlichen Diskurs stark individualisiert, als persönliche Leistungsunwilligkeit deklariert und zum Teil auch kriminalisiert. Während die Ökonomie zwischen unfreiwilliger und freiwilliger Arbeitslosigkeit unterscheidet, wird im öffentlichen Diskurs augenscheinlich nur zweitere verhandelt. Das basiert allerdings auf keiner empirischen Grundlage, sondern ist eine reine Unterstellung. Diese Unterstellung – und der öffentliche Diskurs im Allgemeinen – spielt für die Deutungen gesellschaftlicher Wertschätzung eine zentrale Rolle. Um die Zusammenhänge ausreichend zu beleuchten und zu verstehen, muss erörtert werden, was überhaupt ein Diskurs ist. Was bedeutet „Diskurs“? Was ist ein öffentlicher Diskurs, ein politischer Diskurs oder ein wissenschaftlicher Diskurs?

Ein Diskurs ist ein sprachlich produzierter Sinnzusammenhang. Für mündige Bürger\*innen ist es wichtig zu verstehen, dass hinter Diskursen Machtstrukturen und Interessen liegen und Diskurse gleichzeitig diese Machtstrukturen und Interessen produzieren. Wenn beispielsweise Flucht als Migration bezeichnet wird, dann liegen dahinter Machtstrukturen und Interessen: *Machtstrukturen*, weil Tonangebende die Möglichkeit haben, die Diskursrichtung vorzugeben. Und *Interessen*, weil die Wortwahl auf eine Delegitimierung von Geflüchteten abzielt, denn Migration ist etwas Freiwilliges, Flucht etwas Notgedrungenes. Machtstrukturen und Interessen liegen also dem Diskurs zugrunde und werden mit ihm gleichzeitig auch produziert. Das ist sehr wichtig zu verstehen und verdeutlicht die Notwendigkeit von Sprachsensibilität: Durch Diskurse werden Muster gesellschaftlicher Wertschätzung oder Entwertung geformt.

Dementsprechend wird der öffentliche Diskurs rund um das Thema Armutsbetroffenheit heute immer stärker zu einer moralischen Wertigkeitsprüfung. Das meritokratische Prinzip möchte uns glauben machen, dass jede Person den Status hat, den er oder sie verdient. Der Status würde demnach die Leistung eines Menschen widerspiegeln. Möchte man einen höheren Status erreichen, muss man sich mehr anstrengen und mehr Leistung erbringen. Und wenn man sich besonders anstrengt und sehr viel Leistung erbringt, dann würde daraus individuelle Status-

gerechtigkeit folgen, so das Versprechen der klassischen Kapitalismus-Ideologie. Dieses Leistungsnarrativ können wir deutlich im öffentlichen Diskurs beobachten – wobei Leistung ausschließlich mit Erwerbsarbeit gleichgesetzt wird; hingegen bleibt unbezahlte Reproduktionsarbeit wie Pflege, Kindererziehung und Hausarbeit, auf der unsere Volkswirtschaft aufbaut, außen vor. Außen vor bleibt auch die Sicherheit, dass ein Vollzeitjob vor Armutsgefährdung schützt.

Ich habe ein Beispiel mitgebracht: In einer Wahlwerbung wird von der „Gerechtigkeit für die Leistungswilligen“ gesprochen. Mit diesem Narrativ wird ein Muster gesellschaftlicher Deutung etabliert, nämlich dass es Leistungsunwillige im Gegensatz zu Leistungswilligen gibt. Bei genauerer Betrachtung sehen wir, dass dieses Narrativ den Anschein erwecken soll, dass Armutsbetroffene mutwillig untätig seien und sich auf Kosten der Gesellschaft ein „bequemes Leben“ in der „sozialen Hängematte“ machen.

## Soziale Abwertung und dahinterstehende Prozesse

Auf der emotionalen Ebene lässt sich mit derartigen Bildern relativ einfach moralische Empörung über mutmaßlich Schuldige hervorrufen. Ein Grund dafür ist das starke Bedürfnis in unserer gegenwärtigen Kultur nach Eindeutigkeit, das Bedürfnis nach Schuldigen. Es wird als erleichternd empfunden, zu wissen, dass es eine\*n „böse\*n Strippenzieher\*in“ oder eine\*n Verantwortliche\*n gibt. Dabei kommt ein Wunsch nach Komplexitätsreduktion zum Ausdruck. Ein ähnliches Muster lässt sich auch in Verschwörungstheorien erkennen.

Armutsbetroffene werden damit zum Objekt kollektiver Abwertung. Das zeigt sich nicht nur im politischen Diskurs, sondern auch – wenn wir zum Beispiel ins Privatfernsehen schauen – in Scripted-Reality-TV-Formaten. Dort wird die abwertende Darstellung von Armut besonders deutlich. Armutsbetroffene werden in diesen Formaten dargestellt als unhygienische, übergewichtige, ungesund lebende, faule Menschen, die kurzfristig denken und ihre Kinder vernachlässigen. Sie werden als Feindbild zum Ideal der Leistungsgesellschaft portraitiert. Ein Beispiel für das Ausmaß an Menschenverachtung ist die Darstellung einer Person in der Sendung „Mitten im Leben“, deren Abbildung mit dem Text versehen ist: „Isst zur Not auch Klopapier.“ Armutsbetroffene machen in unserer Gesellschaft also in der Öffentlichkeit sehr viele und immer wiederkehrende Missachtungserfahrungen. Damit fehlt es ihnen nicht nur an Geld, sondern auch an Anerkennung und häufig auch an Selbstachtung. Sie bekommen das Gefühl, vorsätzlich gesellschaftsschädigend und finanziell parasitär zu handeln, nicht dazugehören, von der Gesellschaft nicht gebraucht zu werden und nutzlos zu sein. Sie entsprechen nicht den neoliberalen Kriterien, die heute als allumfassende Grundlage der Bewertung von Personen gelten: Effizienz, Verwertbarkeit, Funktionsfähigkeit und sichtbare Nützlichkeit für die „volkswirtschaftliche Produktivität“.

Diese Logik des Marktes dringt auch in gesellschaftliche Sphären ein, die auf Basis des Solidaritätsprinzips entstanden sind. Deutlich wird dies an folgendem Narrativ: Personen sollen nicht mehr aus dem wohlfahrtsstaatlichen System herausbekommen, als sie eingezahlt haben. Diese Haltung führt jedoch das Prinzip von Wohlfahrtsstaatlichkeit, das auf Umverteilung basiert, ad absurdum. Dass man die soziale Kluft allein über die sogenannte Leistung legitimiert, dass also allein die Leistung verantwortlich sein soll für den Status, bezeichnet der Ökonom Thomas Piketty als Rechtfertigungsapparat des meritokratischen Extremismus.

Es ist demnach nicht Armutsbetroffenheit, die zum gesellschaftlichen Problem stilisiert wird, sondern es sind die Armutsbetroffenen selbst. Dieser abwertende Blick auf ökonomisch Benachteiligte hat weittragende Konsequenzen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Er befördert eine Ideologie der Ungleichwertigkeit, die dem demokratischen Prinzip der Gleichwertigkeit aller Mitglieder der Gesellschaft widerspricht. Das kann mitunter dazu führen, dass wenig privilegierten Bevölkerungsgruppen Rechte aberkannt werden. Diejenigen, die – scheinbar – nicht zur Produktivität der Gesellschaft beitragen, werden als Störfaktor verstanden in einer Gesellschaft, die auf sichtbare Leistung und Konkurrenz ausgerichtet ist.

## Moralische Grenzziehungen und Entsolidarisierung

Diese scharf gezogene moralische Grenzlinie zwischen „nützlichen“ und „nutzlosen“ Bevölkerungsgruppen setzt Prozesse der Entsolidarisierung in Gang. Wirtschaftliche Kalküle treten an die Stelle von Solidarität, Würde und Empathie. Dies wurde 2018 im Rahmen des Arbeitszeitgesetzes unter der türkis-blauen Regierung deutlich: Wenn Bevölkerungsgruppen erst einmal als gesellschaftlich nicht wertvoll betrachtet werden, dann ist die Beschneidung ihrer Ansprüche und Rechte leichter zu argumentieren und durchzusetzen. Etwa dass für Arbeitssuchende ein 12-Stunden-Tag mit jeweils zweieinhalb Stunden pendeln zumutbar ist, was insgesamt einen täglichen Zeitaufwand von 17 Stunden für die Lohnarbeit bedeutet.

Diesen Diskurs können wir anhand des soziologischen Konzepts der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit nach Wilhelm Heitmeyer betrachten. Laut dem deutschen Soziologen gibt es eigentlich keine großen Unterschiede zwischen Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Islamophobie oder der Abwertung von Armutsbetroffenen, Langzeitarbeitslosen und Obdachlosen. All diese Abwertungen entsprechen dem Prinzip der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, die darauf basiert, dass man aufgrund eines Vorurteils eine gesamte Gruppe als weniger wert betrachtet. Interessant dabei ist, dass wenn man für eine Gruppe Verachtung hegt, man diese tendenziell auch für andere Gruppen empfindet. Beispielweise sind Personen, die homophob sind, tendenziell auch frauenfeindlich. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist also, in den Worten

Heitmeyers, ein Syndrom. Als wichtigste Erklärungsfaktoren gelten neben einer Hierarchie-befürwortenden und autoritären Grundhaltung das subjektive Gefühl der Bedrohung, das Gefühl der Benachteiligung und ein Mangel an individueller und gesellschaftlicher Anerkennung. Die Erfahrung von sozialer Ungleichheit oder das subjektive Gefühl, dass man selbst gefährdet ist, in der Sozialhierarchie abzustiegen, kann zu der Abwertung anderer gesellschaftlicher Gruppen führen. Es muss allerdings nicht nur bei diesen Werten und Haltungen bleiben muss, sondern kann auch dazu führen, dass man diesen Personengruppen Rechte abspricht oder an ihnen Gewalt ausübt. *Hate Crimes* sind ein Ausdruck von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit: Eine Person wird stellvertretend für ihre mutmaßliche Gruppenzugehörigkeit attackiert. In Wien sind Homosexuelle, Obdachlose oder auch Frauen mit Kopftuch davon regelmäßig betroffen. Das heißt, Diskurse erzeugen Interessen, die nicht auf der Ebene der Einstellungen bleiben müssen, sondern auch Folgen für das Handeln haben können.

Beschämungen, wie wir sie im öffentlichen Diskurs oder in Scripted-Reality-TV-Formaten beobachten können, dienen dazu, Machtverhältnisse und soziale Kontrolle zu Ungunsten von Beschämten herzustellen. Im Bereich Armutsbetroffenheit sind diese Beschämungspraktiken sehr wirksam. 2015 hat knapp jede dritte anspruchsberechtigte Person im ländlichen Raum die Mindestsicherung nicht bezogen, einerseits aus Angst, das eigene Haus zu verlieren, aber auch aus Scham aufgrund von fehlender Anonymität: Man würde sich gedemütigt fühlen, wenn andere davon wüssten. Beschämung ist also ein mächtiges Instrument der sozialen Kontrolle und Disziplinierung und der Durchsetzung von Normen, der Verlagerung der Verantwortung für strukturelle Prozesse in Individuen.

Dieses Phänomen können wir in sehr vielen unterschiedlichen Bereichen beobachten, nicht nur bei Armutsbetroffenheit. Ich unterrichte unter anderem Soziologie der Liebe; auch hier ist diese Verantwortungsverlagerung ins Individuum zu beobachten, etwa bei Trennungen. Im US-amerikanischen Raum ist es mitunter gängig, dass man eine Trennung mit „I made a poor choice“ („Ich habe mich fälschlicherweise für diese Person als Beziehungspartner\*in entschieden“) begründet. Man könnte auch sagen: „Die Dinge haben sich anders entwickelt“ oder „Es passt nicht mehr, es hat eine Zeit gepasst, jetzt nicht mehr.“ Die Verantwortungsverlagerung ins Individuum zeigt sich also in vielen gesellschaftlichen Bereichen.

Wichtig ist es, genau hinzusehen, warum diese Mechanismen so gut funktionieren und warum es ein Bedürfnis von Menschen ist, andere für deren Position verantwortlich zu machen. Ein Aspekt aus der Sozialpsychologie, den ich interessant finde und der viele Prozesse erklärt, bei denen Schuldige gesucht werden – etwa wenn im Rahmen von sexueller Gewalt Betroffene zu Schuldigen gemacht werden –, ist die sogenannte Gerechtigkeitshypothese. Diese beruht darauf, dass viele Menschen gerne davon ausgehen möchten, dass die Welt eigentlich grundsätzlich gerecht ist – wenn man sich nur richtig verhält. Das betrifft zum Beispiel Menschen, die an Karma glauben, an eine Form von kosmischer

Gerechtigkeit, die sich früher oder später erfüllen wird. Wenn man sich adäquat verhält, wird man ein gerechtes Leben erfahren. Jener Glaube baut darauf auf, dass es für viele Menschen bedrohlich wäre, zu erkennen, dass auch sie selbst Opfer oder Betroffene von einer ungerechten Schädigung werden könnten und zum Beispiel Armut auch sie betreffen könnte, dass Armutsbetroffenheit in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist oder eben auch sexuelle Gewalt sie treffen könnte. Victim-Blaming-Strategien werden also mit dem Ziel eingesetzt, um sich weiterhin sicher zu fühlen. Ein Beispiel: „Die junge alleinerziehend Frau hätte ihre Armutslage sicher vermeiden können, wenn sie sich nur mehr angestrengt hätte. Wenn ihr Mann sie verlassen hat, dann wird das schon einen Grund haben.“ Die Gerechtigkeitshypothese wurde in den 60er Jahren erstmals vom Sozialpsychologen Melvin Lerner untersucht; seitdem wird die Forschung dazu fortgesetzt.

Wenn jemand ein hohes Maß an Ungerechtigkeit erfahren hat, glaubt er oder sie tendenziell weniger an das Prinzip der Gerechtigkeit als Ordnungsprinzip, außer wenn man der Ansicht ist, man hat sein Unglück verdient. Der Glaube an eine gerechte Welt hängt stark mit Privilegien zusammen: Menschen, die eine bevorzugte gesellschaftliche Stellung haben, wie Wohlhabende, Weiße und Männer, neigen eher dazu, diese Hypothese zu unterstützen als Benachteiligte wie Armutsbetroffene, ethnische Minderheiten und Frauen.

## Fazit

Ich komme zu einem kleinen Fazit dieser Einführung: Mit der Abwertung und Beschämung von benachteiligten Gesellschaftsgruppen sind die Stabilität und der Zusammenhalt innerhalb demokratischer Gesellschaften gefährdet. Die Sozialhierarchie zwischen sogenannten „Nützlichen“ und „Nutzlosen“ wird befördert durch krisenhafte Zeiten, eine ausgrenzende Rhetorik in Politik, Medien und Wirtschaft, wie auch durch subjektive Unsicherheit und die Angst vor dem eigenen Abstieg, und der Versuch, die eigenen Privilegien zu erhalten. Der Soziologe Klaus Dörre spricht in diesem Kontext von einem ideologischen Bürgerkrieg gegen die Unterklassen. Eliten inszenieren sich zunehmend in einem Klassenkampf von oben und wähen sich selbst dabei in der Opferrolle: Sie selbst bringen viel Leistung und „die anderen“ machen es sich auf deren Kosten gemütlich. Empfänger\*innen von Erbschaften werden nicht in gleichem Maße problematisiert, obwohl Vermögen und Erbschaft ebenso leistungslose Bezüge sind und die gesellschaftliche Hierarchie und soziale Ungleichheit deutlich verschärfen.

Für zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen gilt Anerkennung – als Gegenteil von Abwertung und Beschämung – als maßgebende Herausforderung. Das betrifft nicht nur Armutsbetroffene, sondern auch andere gesellschaftliche Gruppen, die von Abwertungsprozessen betroffen sind. Das gesellschaftliche Problem sind nicht Armutsbetroffene, sondern die Strukturen, die verstärkt zu Armutsbetroffenheit führen: prekäre Arbeitsverhältnisse, die Kürzungen von

Sozialleistungen oder ganz allgemein gesprochen die Kolonisierung des politischen Systems durch wirtschaftliche und unternehmerische Interessen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

***Laura Wiesböck** ist promovierte Soziologin und Publizistin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Formen, Ursachen und Auswirkungen von sozialer Ungleichheit, insbesondere in den Bereichen Arbeit, Armut und Geschlecht. Für ihre Arbeit wurde sie mit dem Theodor-Körner-Preis, dem Bank-Austria-Forschungspreis, dem Kurt-Rothschild-Preis und dem Danubius Young Scientist Award ausgezeichnet. 2018 erschien ihr Sachbuch „In besserer Gesellschaft. Der selbstgerechte Blick auf die Anderen“.*

**Mögliche Quellenangabe:**

Wiesböck, Laura (2020): Armut als Störfaktor. Die Entwertung von Betroffenen. In: Die Armutskonferenz et al. (Hrsg.): Stimmen gegen Armut. BoD-Verlag, S. 19–25.

[www.armutskonferenz.at/files/wiesboeck\\_armut-als-stoerfaktor\\_2020.pdf](http://www.armutskonferenz.at/files/wiesboeck_armut-als-stoerfaktor_2020.pdf)

Der Artikel entstammt dem Buch

# STIMMEN GEGEN ARMUT

Weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung  
die Demokratie gefährden



  
DIE ARMUTSKONFERENZ.

Herausgegeben von  
**Die Armutskonferenz, Margit Appel, Verena Fabris,  
Alban Knecht, Michaela Moser, Robert Rybaczek-Schwarz,  
Martin Schenk, Stefanie Stadlober**

**BoD-Verlag**



# Inhaltsverzeichnis

Editorial

**Stimmen gegen Armut – Stimmen für mehr Demokratie und Mitbestimmung** 9

Margit Appel, Verena Fabris, Alban Knecht, Michaela Moser,  
Robert Rybaczek-Schwarz, Martin Schenk, Stefanie Stadlober

## EIN-STIMMUNG

**Armut als Störfaktor** 19

*Über die Entwertung von Betroffenen*

Laura Wiesböck

**Soziale Ausschließung und die Grenzen der repräsentativen Demokratie** 27

*Die Perspektive from below*

Ellen Bareis

**Grenzen der Demokratie – Teilhabe als Verteilungsproblem** 41

*Ein Gespräch zum Buch*

Stephan Lessenich im Gespräch mit Margit Appel

**Refeudalisierung als Gefahr für die Demokratie** 55

*Der Zusammenhang von steigender Ungleichheit und sinkendem Vertrauen  
in demokratische Institutionen*

Jakob Kapeller

**Postdemokratie** 71

*Wie Ungleichheit und Armut die Demokratie gefährden*

Colin Crouch

**Ökonomische Ungleichheit zerstört die Demokratie** 83

*Wenn Armutsbetroffene nicht zu Wahlen gehen und ihre Anliegen  
kein Gehör finden*

Martina Zandonella

## STIMMEN FÜR SOLIDARITÄT UND SOZIALE SICHERUNG

### **Solidaritätsvorstellungen, soziale Ungleichheit und Sozialstaat** 97

*Über das unterschiedliche Verständnis von Solidarität in unserer Gesellschaft*

Carina Altreiter, Jörg Flecker, Ulrike Papouschek

### **Anerkennung von Unsicherheit als Normalzustand** 107

*Implikationen für eine radikalisierte Sozialpolitik*

Arno Pilgram

### **Partizipation statt Teilhabe in Einrichtungen der neuen Mitleidsökonomie** 115

Hannah-Maria Eberle

## STIMMEN FÜR DEMOKRATIE IN DER ARBEITSWELT

### **Psychologische Auswirkungen von demokratischen Praktiken in Organisationen** 131

*Stimmen für Demokratie in der Arbeitswelt*

Christine Unterrainer

Kommentar

### **Über strukturelle Erniedrigung und die Furcht vor Mitbestimmung** 141

*Demokratie in der Erwerbsarbeit und -arbeitslosigkeit*

Wolfgang wodt Schmidt

### **Das Genossenschaftsprojekt OTELO** 145

*Eine Genossenschaft für kooperatives Wirtschaften*

Martin Hollinetz

### **Das Grundeinkommens-Projekt *Sinnvoll Tätig Sein* im niederösterreichischen Heidenreichstein** 149

*Reinkommen statt ‚draußen sein‘*

Karl Immervoll

### **Digitalisierung inklusiv gestalten** 153

*Chancen und Risiken für Teilhabe im digitalen Zeitalter*

Schifteh Hashemi und Clara Moder

Kommentar	
<b>Wenn Algorithmen für uns entscheiden</b>	<b>163</b>
Erich Tomandl	

## **STIMMEN GEGEN AUSGRENZUNG IN DER SCHULE**

<b>Individuelle Bildung kann kein Ausweg aus kollektiver Armut sein</b>	<b>167</b>
<i>Eine Erinnerung</i>	
Roman Langer	

<b>„... da müsst ihr ja ganz viel zuhören!“</b>	<b>177</b>
<i>Transkulturelle Elternarbeit an Wiener Volksschulen</i>	
Lydia Linke	

## **STIMMEN FÜR EINE GERECHTE STADT**

<b>Gentrifizierung im öffentlichen Raum</b>	<b>183</b>
<i>Aufwertung und Verdrängung als Prozesse urbaner Ungleichheit</i>	
Mara Verlič	

<b>Kollektives Füreinander-Sorge-Tragen – die spanische Bewegung gegen Zwangsräumungen</b>	<b>193</b>
<i>Von Scham, Isolation und Ohnmacht zu politischer Selbstorganisation</i>	
Nikolai Huke	

Kommentar	
<b>Proteststimmen von unten</b>	<b>203</b>
<i>Ein persönlicher Zugang zu Protest als Antwort auf den Turbokapitalismus</i>	
Anna Schiff	

## **LAUTER STIMMEN FÜR ALLE!**

<b>Exklusive Demokratie</b>	<b>207</b>
<i>Vom Wahlrechtsausschluss fremder Staatsangehöriger</i>	
Antonia Wagner	

<b>Wahlrecht für alle, die hier leben!</b>	<b>213</b>
<i>Die Pass-Egal-Wahl und die wachsende Demokratiekluft in Österreich</i>	
Magdalena Stern	

## **STIMMEN FÜR MITBESTIMMUNG**

<b>Politik und Zufall</b>	<b>219</b>
<i>Wie es durch Bürger*innenräte gelingt, Menschen zu aktivieren</i>	
Michael Lederer	

<b>Stimme(n) erheben</b>	<b>225</b>
<i>Legislatives Theater als Beitrag zur partizipativen Demokratie</i>	
Michael Wrentschur und Silvia Phönix Gangl	

<b>Mit Partizipation der Beschämung von Armutsbetroffenen entgegenwirken</b>	<b>231</b>
Alban Knecht	

<b>Gesetzeswerkstatt zum Sozialhilfegesetz</b>	<b>237</b>
<i>Das Sozialhilfegesetz mit Betroffenen und Expert*innen neu formulieren</i>	
Marianne Schulze	

<b>Nutzer*innen-Partizipation in sozialen Organisationen</b>	<b>241</b>
<i>Status Quo, Defizite, Perspektiven</i>	
Michaela Moser	

## **STIMMEN GEGEN ARMUT!**


<b>Forderungen der 12. Armutskonferenz und Folgen der Corona-Krise</b>	<b>247</b>
Verena Fabris und Martin Schenk	

<b>DIE ARMUTSKONFERENZ.</b>	<b>257</b>
<i>Es ist genug für alle da!</i>	
<i>Armut bekämpfen. Armut vermeiden.</i>	

**Die 12. Österreichische Armutskonferenz und  
diese Publikation wurden gefördert von**



 Bundesministerium  
Arbeit, Familie und Jugend

 Bundesministerium  
Soziales, Gesundheit, Pflege  
und Konsumentenschutz

 Bundeskanzleramt  
Bundesministerin für Frauen,  
Familien und Jugend



**SCHLECHT  
BEZAHLTE  
ARBEIT IST  
WORK OHNE LIFE  
UND BALANCE.**

Machen wir uns stark für einen Sozialstaat,  
der uns vor Ausbeutung schützt.

**WIR - GEMEINSAM. AT**

Eine Initiative der ARMUTSKONFERENZ.

# ICH MACH MICH STARK!

Mit meiner Gewerkschaft.

- für gute Arbeitsbedingungen
- für faire Bezahlung
- für mehr Sicherheit im Job
- Arbeitsrechtsschutz
- Berufshaftpflichtversicherung bis Euro 100.000,-
- Beratung zu Arbeitsrecht, Arbeitszeit, Einstufung, Karenz, etc.



[www.gpa.at/mitgliedwerden](http://www.gpa.at/mitgliedwerden)



# Kultur für alle!

## Der Kulturpass macht es möglich

Mehr als 1.100 Kultureinrichtungen in Österreich sind solidarisch mit Menschen, die sich Kunst und Kultur nicht leisten können.

In Wien, der Steiermark, Salzburg, Oberösterreich, Vorarlberg, Tirol, Niederösterreich und dem Burgenland.

Weitere Informationen unter [hungeraufkunstundkultur.at](http://hungeraufkunstundkultur.at)



Initiiert 2003 von Schauspielhaus Wien und der Armutskonferenz

